

NIEDERSCHRIFT

über die **1.** Sitzung des
des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **15.12.2009**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 17:10 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr
Den Vorsitz führte: Horst Fischer

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Volker Bäumken
2. Herr Lars Christoph
3. Herr Heiner Cöllen bis 18:35 Uhr
4. Herr Reiner Geroneit
5. Herr Hermann Harig
6. Frau Helga Hermanns
7. Herr Gerhard Heyner
8. Bertram Graf von Nesselrode
9. Herr Harry Pfeifer Vertretung für Herrn Hans-Willi Türks
10. Herr Franz-Josef Rademacher
11. Herr Karl-Heinz Schnitzler
12. Herr Dr. Christian Will

• SPD-Fraktion

13. Herr Dirk Banse als Zuhörer bis 18:30 Uhr
ab 18:31 Uhr Vertretung für Herrn Martin Mertens
14. Herr Horst Fischer
15. Herr Harald Holler
16. Frau Doris Hugo-Wissemann
17. Herr Dietmar Ibach
18. Herr Martin Mertens bis 18:30 Uhr
19. Herr Erwin Popien Vertretung für Frau Ellen Gurmman

• FDP-Fraktion

20. Herr Walter Boestfleisch
21. Herr Hermann-Josef Gruhl
22. Herr Rainer Weber

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

23. Herr Dieter Dorok
24. Herr Josef Kirberg
25. Herr Hans Christian Markert

• Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive

26. Herr Peter Drüll
27. Herr Christian Staudinger-Napp

• Die Linke

28. Herr Alexander Henne Entschuldigt

• Gäste

29. Herr Hans Ludwig Dickers
30. Herr Reinbert Eitz
31. Frau Sabine Oertel
32. Herr Rolf Schmier

• Landrat

33. Herr Hans-Jürgen Petrauschke

• Verwaltung

34. Herr Christian Bromm
35. Herr Helmut Lenzen
36. Herr Arnd Ludwig
37. Herr Karsten Mankowsky
38. Herr Johannes Nordmann
39. Herr Klaus Schirm
40. Herr Martin Stiller

• Schriftführer

41. Herr Ulrich Häke

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestellung eines Schriftführers und zweier Stellvertreter Vorlage: 66/0130/XV/2009	5
3.	Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern als Mitglieder des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses Vorlage: 66/0127/XV/2009.....	5 5
4.	Lückenschlüsse im Radwegenetz der Gemeinde Jüchen an klassifizierten Straßen Vorlage: 66/0133/XV/2009.....	6
5.	K 33n Anschlussstelle Dormagen - Delrath an der BAB A 57..... - Sachstandsbericht Vorlage: 66/0174/XV/2009.....	6 6
6.	Investive Substanzerhaltungsmaßnahmen an Kreisstraßen - Sachstandsbericht zum Erneuerungsprogramm 2009 Vorlage: 66/0134/XV/2009.....	8 8
7.	Zustandserfassung und Zustandsbewertung der Kreisstraßenentwässerung..... - Sachstandsbericht Vorlage: 66/0175/XV/2009.....	9 9
8.	Förderung des kommunalen Straßen- und Radwegebaus - Sachstandsbericht Vorlage: 66/0136/XV/2009.....	9 9
9.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.09.2009 zu "Alleen im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 61/0092/XV/2009.....	9
10.	Vorstellung der Aufgabenbereiche des Straßenverkehrsamtes Vorlage: 36/0169/XV/2009.....	10
11.	Mitteilungen	10
11.1.	Umstufungskonzept (Widmung, Umstufung und Einziehung von Teilstrecken der B 59/L 375/K 26) Vorlage: 66/0131/XV/2009	10
11.2.	Markierungslösungen zur Sicherung des Radverkehrs außerorts an der K 10 zwischen GV-Noithausen und GV-Barrenstein Vorlage: 66/0137/XV/2009.....	11
11.3.	Machbarkeitsstudie zur Streckenverlängerung der Regiobahn Vorlage: 61/0179/XV/2009	11

12.	Anfragen	12
12.1.	Anfrage von Ausschussmitglied Graf von Nesselrode bezüglich einer Radwegeverlängerung entlang der L 69 bei Wevelinghoven.	12
12.2.	Anfrage von Ausschussmitglied Holler bezüglich eines Verkehrssicherheitsberichtes sowie bezüglich der verkehrlichen Situation im Auffahrtsbereichs der Kardinal-Frings-Brücke auf Neusser Seite	12
12.3.	Anfrage von Ausschussmitglied Harig zur wegweisenden Beschilderung an der L 280	13

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Fischer eröffnete die Sitzung, begrüßte die Ausschussmitglieder, Herrn Landrat Petrauschke, die anwesenden Vertreter der Verwaltung sowie den Vertreter der örtlichen Presse.

Er stellte darauf hin fest, dass zur 1. Sitzung der neuen Wahlperiode ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

2. Bestellung eines Schriftführers und zweier Stellvertreter Vorlage: 66/0130/XV/2009

NahStra/20091215/Ö2

Beschluss:

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss bestellt Herrn Kreisamtsrat Ulrich Häke zum Schriftführer. Zu dessen Stellvertretern werden Herr Kreisamtmann Hans-Hermann Kiwitz (66) und Herr Kreisamtsrat Franz Weber (61) bestellt.

Die Bestellungen erfolgen für die Dauer der XV. Wahlperiode des Kreistages.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern als Mitglieder des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses Vorlage: 66/0127/XV/2009

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Fischer bat die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger des Ausschusses sowie die übrigen Anwesenden sich von den Plätzen zu erheben.

Sodann verlas er die folgende Verpflichtungsformel, die von den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern jeweils in Textform unterzeichnet wurde.

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe).“

4. Lückenschlüsse im Radwegenetz der Gemeinde Jüchen an klassifizierten Straßen

Vorlage: 66/0133/XV/2009

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Fischer verwies hierzu auf die Sachverhaltsschilderung sowie die Prüfergebnisse der Verwaltung.

Anknüpfend an die den Ausschussmitgliedern vorliegende Sitzungsvorlage erläuterte Dezernent Mankowsky nochmals die Gründe, die aus Sicht der Verwaltung gegen den Lückenschluss des Radweges entlang der K 13 zwischen Stessen bis zur L 32 sprächen.

Nachdem Ausschussvorsitzender Fischer festgestellt hatte, dass Wortmeldungen seitens der Ausschussmitglieder hierzu nicht vorlagen, stellte er den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

NahStra/20091215/Ö4

Beschluss:

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Radwegemaßnahme unter dem Arbeitstitel K 21 - Radweg von Hochneukirch bis zur Kreisgrenze – im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Kreisstraßenbauprogramms für die Jahre 2011 bis 2015 in den Anhang aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. K 33n Anschlussstelle Dormagen - Delrath an der BAB A 57 - Sachstandsbericht

Vorlage: 66/0174/XV/2009

Protokoll:

Zu Beginn der Beratung resümierte Ausschussvorsitzender Fischer, dass die kreisseits geplante Anschlussstelle bei Dormagen-Delrath den Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss über die gesamte zurückliegende Wahlperiode hinweg thematisch begleitet habe.

Mit Blick auf die aktuelle Berichterstattung in der örtlichen Presse vertrat Ausschussvorsitzender Fischer die Auffassung, dass die dort zum Teil massiv geübte Kritik an der Kreisverwaltung ungerechtfertigt sei. Die Verwaltung habe in ihrer Beratungsvorlage lediglich einen objektiven Überblick über den derzeitigen Verfahrensstand sowie eine ehrliche Prognose hinsichtlich des weiteren Prozederes gegeben.

Mit Hinweis auf die zahlreichen Neubesetzungen im Ausschuss gab Dezernent Mankowsky zunächst eine kurze Einführung in die Planungshistorie.

Er hob hervor, dass der Landrat am heutigen Tage erneut per Fax den Kontakt mit der betreffenden Firma gesucht und abermals die unverzichtbare Kooperation der Firma eingefordert habe. Zugleich habe Landrat Petrauschke in seinem entsprechenden Fax deutlich gemacht, dass in dem zu erstellenden sicherheitstechnischen Gutachten sehr wohl auch der Bestand sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der Firma einbezogen würden.

Dezernent Mankowsky beendete seine Ausführungen mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, dass die Kreisverwaltung auch weiterhin mit Nachdruck alles an die Realisierung der Planung setzen werde und hierbei sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Register ziehen werde.

Die Kreisverwaltung hoffe und setze hierbei unverändert auf die fortgesetzte und ungeteilte Unterstützung des Ausschusses.

Auf Frage des Ausschussmitglieds Cöllen verneinte Landrat Petrauschke die Möglichkeit etwaiger Zwangsmaßnahmen, um eine Mitwirkung seitens der Firma juristisch durchsetzen zu können. Vielmehr sei der Kreis auf eine aktive und zugleich sachfördernde Mitarbeit der Firma angewiesen.

An dieser Stelle unterstrich Landrat Petrauschke, dass die Anschlussstelle aufgrund bestehender Zwangspunkte weitestgehend lagefixiert sei und es insoweit, was die Verknüpfung im Netz anbelange, keine Alternativen zu der in Planung befindlichen Anschlussstelle gebe.

Die Anmerkungen von Ausschussmitglied Holler aufgreifend legte Landrat Petrauschke dar, weshalb auch der zum Teil immer wieder als vermeintliche Alternative geforderte Umbau der Tank- und Rastanlage Nievenheim nicht als probater Ersatz für die Anschlussstelle Delrath in Betracht komme. Diesbezüglich habe sich der Bund bereits rechtlich eindeutig positioniert.

Auf Bitten von Ausschussvorsitzenden Fischer erfolgte hiernach eine ausführliche und detaillierte Vorstellung des Straßenbauprojektes anhand lichtbildprojektierter Darstellungen durch Kreisoberbaurat Ludwig. Die Ausschussmitglieder nahmen hierbei insbesondere seine Schilderungen anhand der projektierten Pläne zur Kenntnis, wonach aufgrund des gewerblichen Umfeldes, der baulichen Verdichtung im Nahbereich sowie infolge der dichtgestaffelten Knotenpunkte im Autobahnnetz keine Standortalternativen existieren.

Im Anschluss an die nachfolgende Diskussion, an der sich die Ausschussmitglieder Hugo-Wissemann, Dorok und Holler beteiligten, beantragte Ausschussmitglied Graf von Nesselrode, dass zur nächsten Sitzung des Ausschusses ein Vertreter des Landesbetriebes Straßenbau in dessen Eigenschaft als Planfeststellungsbehörde geladen werden solle. Auch befürworte er den Kontakt Richtung Landesregierung.

Anknüpfend an eine diesbezügliche Wortmeldung von Ausschussmitglied Drüll sprach sich Ausschussmitglied Dorok dafür aus, zur nächsten Sitzung auch Vertreter des LANUV NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz) zu laden.

Nach Ende der Erörterung dankte Landrat Petrauschke dem Ausschuss ausdrücklich für die bisherige einmütige und parteiübergreifende Unterstützung der Verwaltung in diesem schwierigen Verfahren.

Zuletzt habe der Kreistag in seiner Sitzung am 09.12.09 die in der Presse verlautbarte Kritik an der Kreisverwaltung energisch zurückgewiesen.

Nachdem Ausschussvorsitzender Fischer festgestellt hatte, dass weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, fasste er das Beratungsergebnis zusammen und formulierte den nachfolgenden Beschluss.

NahStra/20091215/Ö5

Beschluss:

Der Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich angesichts der infrastrukturellen Bedeutung der Anschlussstelle dafür aus, kreisseits weiterhin alles zur Realisierung des Projektes Erforderliche zu veranlassen.

Die Verwaltung ist aufgefordert, auf alle am Verfahren beteiligten Stellen und Behörden in geeigneter Weise einzuwirken.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, Vertreter der Planfeststellungsbehörde sowie des LANUV NRW für die nächste Sitzung des Ausschusses am 18.02.2010 zur Teilnahme zu laden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6. Investive Substanzerhaltungsmaßnahmen an Kreisstraßen - Sachstandsbericht zum Erneuerungsprogramm 2009 Vorlage: 66/0134/XV/2009

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Fischer verwies hierzu auf die umfangreiche Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Holler nahm die Thematik zum Anlass, auf den zum Teil sehr schlechten Zustand übergeordneter Straßen im Kreisgebiet hinzuweisen. Beispielhaft führte er den derzeitigen Zustand der L 142 auf Neusser Stadtgebiet an, deren Markierung dringend einer Erneuerung bedürfe. Im Gegensatz hierzu befindet sich das Kreisstraßennetz seiner Einschätzung nach in einem insgesamt erfreulichen und verkehrsgerechten Zustand.

Nach Wortbeiträgen der Ausschussmitglieder Graf von Nesselrode, Popien und Drüll stellte Dezernent Mankowsky abschließend heraus, dass sich der Zuständigkeitsbereich des Kreises entsprechend seiner sich aus der Baulast ergebenden Unterhaltungsverpflichtung ausschließlich auf Kreisstraßen erstrecke. Soweit Straßen anderer Baulastträger sicherheitsrelevante Schäden aufwiesen, könne diesbezüglich nur eine informelle Weiterleitung an den jeweils verantwortlichen Baulastträger mit der Bitte um Abhilfe erfolgen.

Nachdem sich Ausschussvorsitzender Fischer davon überzeugt hatte, dass keine sonstigen Wortmeldungen vorliegen, stellte er die zustimmende Kenntnisnahme der Verwaltungsvorlage durch den Ausschuss fest.

7. Zustandserfassung und Zustandsbewertung der Kreisstraßenentwässerung

- Sachstandsbericht

Vorlage: 66/0175/XV/2009

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Fischer stellte eingangs fest, dass der Ausschuss mit der in der Sitzungsvorlage der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden ist. Demnach würden in einer der nächsten Sitzungen des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses verwaltungsseits eine Übersicht der vorrangig und aktuell zu sanierenden Kanäle (inklusive Prioritätsstufe) sowie eine jeweils dazugehörige Kostenschätzung vorgelegt.

8. Förderung des kommunalen Straßen- und Radwegebaus

- Sachstandsbericht

Vorlage: 66/0136/XV/2009

Protokoll:

An die einführenden Worte von Ausschussvorsitzenden Fischer anknüpfend fasste Dezernent Mankowsky nochmals die wesentlichen Ergebnisse des Anfang Dezember dieses Jahres bei der Bezirksregierung stattgefundenen Programmgespräches zusammen. Aufgrund noch ausstehender Beschlussfassungen der zuständigen Gremien auf Landesebene seien zum jetzigen Zeitpunkt keine definitiven Förderzusagen seitens des Zuwendungsgebers möglich. Insoweit bleibe abzuwarten, ob die in der Beratungsvorlage der Verwaltung aufgeführten Maßnahmen (K 8 OD Glehn, K 43 Radweg Elsen-Gustorf sowie K 10 Markierungslösungen) bereits nächstjährig im Haushaltsjahr 2010 oder erst später im darauffolgenden Jahr 2011 in Angriff genommen werden könnten.

Bezüglich der von den Ausschussmitgliedern Mertens und Kirberg angesprochenen Situation im Bereich der L 280 zwischen Anstel und der Alten Ziegelei sicherte Dezernent Mankowsky zu, den Landesbetrieb als zuständigen Straßenbaulastträger der L 280 zu kontaktieren und eine Überprüfung des seitens der vorgenannten Ausschussmitglieder angeregten Nutzungsverbotes für Radfahrer vorzuschlagen.

9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.09.2009 zu "Alleen im Rhein-Kreis Neuss"

Vorlage: 61/0092/XV/2009

Protokoll:

Nach Ausschussvorsitzenden Fischer ergriff Ausschussmitglied Kirberg das Wort.

Nach Diskussionsbeiträgen der Ausschussmitglieder Kirberg, Graf von Nesselrode, Markert und Boestfleisch sowie Erläuterungen durch Planungsamtsleiter Nordmann

stellte Ausschussvorsitzender Fischer fest, dass der Ausschuss in Fortsetzung des zur heutigen Sitzung vorliegenden Zwischenberichtes in einer der nächsten Sitzungen erneut seitens der Verwaltung informiert werden möchte.
Die Ausschussmitglieder zeigten sich einverstanden damit, zunächst so zu verfahren.

10. Vorstellung der Aufgabenbereiche des Straßenverkehrsamtes Vorlage: 36/0169/XV/2009

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Fischer sprach im Namen des Ausschusses seinen Dank für die informative Vorstellung der durch das Straßenverkehrsamt zu bearbeitenden Aufgabenbereiche aus. Besonders positiv und insoweit hervorzuheben sei seines Erachtens das besondere Engagement des Straßenverkehrsamtes im Themenfeld verkehrserzieherischer Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen.

Anknüpfend hieran unterstrich Ausschussmitglied Holler überdies den Stellenwert bei der Mitwirkung des Straßenverkehrsamtes in allen örtlichen Unfallkommissionen der kreisangehörigen Städte sowie die Funktion des Vorsitzes über die örtlichen Unfallkommissionen der Gemeinden Jüchen und Rommerskirchen.

11. Mitteilungen

11.1. Umstufungskonzept (Widmung, Umstufung und Einziehung von Teilstrecken der B 59/L 375/K 26)

Vorlage: 66/0131/XV/2009

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Fischer stellte fest, dass die Ausschussmitglieder die Sitzungsvorlage und die dort geschilderten Umstufungen, die durch den Neubau der B 59n bedingt sind, zur Kenntnis genommen haben.

Ausschussmitglied Graf von Nesselrode erkundigte sich, inwieweit die Abstufung der Teilstrecken zur Kreisstraße 24 den Kreis künftig mit Kosten belasten werde. Verwaltungsseits erfolgte hierzu der Hinweis, dass künftig ab Januar 2010 dem Kreis im Rahmen seiner Baulastverpflichtung auch die Kostentragung obliege. Andererseits müsse gegenübergestellt werden, dass diesem Mehraufwand Kosteneinsparungen dadurch gegenüberstehen, dass die K 26 im Verlauf der Gemeinde- bzw. Stadtgrenze zwischen Grevenbroich und Rommerskirchen in die Baulast des Landes wechsele bzw. eine Aufstufung zur L 375 erfahre.

11.2. Markierungslösungen zur Sicherung des Radverkehrs außerorts an der K 10 zwischen GV-Noithausen und GV-Barrenstein

Vorlage: 66/0137/XV/2009

Protokoll:

Dezernent Mankowsky verwies hierzu auf seine Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 8 der Sitzung. Wie dort bereits ansatzweise geschildert sei die Verwaltung im Rahmen der Programmbesprechung bei der Bezirksregierung Düsseldorf auf grundsätzliches Wohlwollen gestoßen, was die Förderwürdigkeit und -fähigkeit dieser Maßnahme anbelange. Man sollte deshalb zunächst abwarten, ob und in welchem Haushaltsjahr eine derartige projektbezogene Förderung erfolgen werde.

11.3. Machbarkeitsstudie zur Streckenverlängerung der Regiobahn

Vorlage: 61/0179/XV/2009

Protokoll:

Hierzu lag dem Ausschuss eine ausführliche Vorlage der Verwaltung vor, die zur Kenntnis genommen wurde.

Im Anschluss hieran kam Ausschussmitglied Dr. Will der Bitte des Ausschussvorsitzenden nach und berichtete ausführlich über die neuesten Entwicklungen aus der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

Der Vorschlag von Ausschussvorsitzenden Fischer, entsprechend bisher geübter Praxis regelmäßig eine aktuelle Berichterstattung aus den Gremien des VRR und der Kooperationsgesellschaft Mittlerer Niederrhein (KMN) auf die Tagesordnungen des Ausschusses zu setzen, fand die Zustimmung der anwesenden Ausschussmitglieder.

In seinen Ausführungen wies Ausschussmitglied Dr. Will in seiner Eigenschaft als Mitglied der Verbandsversammlung des VRR unter anderem darauf hin, dass auf die von den Kreisen zu tragende ÖPNV-Umlage für 2009 sowie das Jahr 2010 jeweils ein Nachlass in Höhe von 20 % gewährt würde. Bereits jetzt sei absehbar, dass sich die ÖPNV-Umlage nach Wegfall des Nachlasses künftig deutlich erhöhen werde. Man sei aber in Verhandlung, damit eine derartige Erhöhung zumindest kostenmäßig abgedeckt werden könne.

Ergänzend zu den Ausführungen von Dr. Will berichtete Ausschussmitglied Holler über diesbezügliche Beschlussfassungen im Landtag vom Dezember 2009. Man könne schon jetzt erkennen, dass auch auf den Kreis entsprechende Risiken im Zusammenhang mit der Revision der Regionalisierungsmittel zukämen.

Ausschussvorsitzender Fischer berichtete zuletzt über die von der Deutschen Bahn auf die Nordwestbahn übergegangene Zuständigkeit der Linie RE 10 und in der Folge freigewordene Fahrzeuge des Typs „Talent“ für einen Einsatz auf der RB 38. Detailliertere Informationen würden den Ausschussmitgliedern in einer der nächsten Sitzungen gegeben.

12. Anfragen

12.1. Anfrage von Ausschussmitglied Graf von Nesselrode bezüglich einer Radwegeverlängerung entlang der L 69 bei Wevelinghoven.

Protokoll:

Ausschussmitglied Graf von Nesselrode trug vor, dass bekanntermaßen entlang der L 69 in Verlängerung der Zehntstraße am Ortsausgang von Wevelinghoven bis zum nächsten querenden Wirtschaftsweg bis heute eine sinnvolle Radwegverbindung fehle. Ihm sei auf entsprechende Nachfrage beim Baulastträger der L 69, dem Landesbetrieb Straßenbau, erklärt worden, dass man dortigerseits die Kosten für dieses relativ kurze Radwegeteilstück zu tragen bereit sei.

Voraussetzung hierfür sei allerdings die Sicherung der benötigten Grundstücksteilflächen auf freihändigem Wege.

Angesprochen auf die Einschätzungen der Verwaltung, ob und inwieweit hier kurzfristig Abhilfe geschaffen werden könne, erklärte Kreisbaudirektor Lenzen, dass dem Landesbetrieb die besondere Problematik des Grunderwerbs in diesem Falle durchaus bekannt sei. Es sei deshalb seines Erachtens nicht einsichtig, weshalb hier der Kreis abermals einen Versuch starten solle, wo doch der Landesbetrieb selbst aufgrund der fehlenden Veräußerungsbereitschaft des Grundstückseigentümers keine Chance auf Realisierung sehe.

Die Ausschussmitglieder nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

12.2. Anfrage von Ausschussmitglied Holler bezüglich eines Verkehrssicherheitsberichtes sowie bezüglich der verkehrlichen Situation im Auffahrtsbereichs der Kardinal-Frings-Brücke auf Neusser Seite

Protokoll:

Ausschussmitglied Holler berichtete über den aktuellen Beratungsstand zum sogenannten Staubericht des Landtages.

Anlehnend hierzu könne er sich künftig einen Verkehrssicherheitsbericht im Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss des Kreises vorstellen, zumindest jedoch eine Darstellung der aktuellen Stausituation im Kreisgebiet.

Die Verwaltung solle, um sich einen entsprechenden Überblick zu verschaffen, unter Auswertung vorhandener Erhebungen die Hilfe des Landesbetriebes in Anspruch nehmen.

Zur Entschärfung des Rückstaugefährdungspotentials im Bereich der Auffahrt zur Kardinal-Frings-Brücke im Bereich A 57/B 1 (Fahrtrichtung Düsseldorf) solle die Verwaltung mit dem Landesbetrieb in Kontakt treten, um an dieser Stelle geeignete Abhilfemaßnahmen (Zweispurigkeit etc.) umzusetzen.

12.3. Anfrage von Ausschussmitglied Harig zur wegweisenden Beschilderung an der L 280

Protokoll:

Ausschussmitglied Harig erinnert an die vor 18 Monaten erfolgte Verkehrsfreigabe der teilverlegten Anschlussstelle Dormagen an der Westseite der A 57. Leider sei bis heute keine Überarbeitung der wegweisenden Beschilderung an der L 280 erfolgt. Er habe unlängst auf entsprechende Nachfrage beim Landesbetrieb die Auskunft erhalten, dass vorliegend die Zuständigkeit des Kreises gegeben sei.

Dem widersprach Kreisbaudirektor Lenzen mit Hinweis darauf, dass die neugebaute Verbindungsstraße zwischen L 280 und K 18 als Gemeindestraße der Straßenbaulast der Stadt Dormagen unterliege.

Insoweit gelte die Stadt als Veranlasser der Baumaßnahme, die ihrerseits die entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung zu treffen habe und überdies auch kostentragungspflichtig sei.

Der Landesbetrieb sei hierbei lediglich ausführende Straßenbaubehörde.

Kreisbaudirektor Lenzen empfahl Ausschussmitglied Harig aufgrund dessen, die Thematik deshalb bei den zuständigen Stellen der Stadt Dormagen anzusprechen.

Nachdem Ausschussvorsitzender Fischer sich davon überzeugen konnte, dass weitere Anfragen von Ausschussmitgliedern nicht vorlagen, dankte er allen Anwesenden für deren Mitwirkung und schloss die Sitzung um 18.45 Uhr

Horst Fischer
Vorsitzender

Ulrich Häke
Schriftführer